



Baugesuche elektronisch abwickeln

E-Governmentprojekt „Elektronische Plattform für Baubewilligungen“ geht voran

Die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) betreut das E-Governmentprojekt „Elektronische Plattform für Baubewilligungen“ und legt ein Konzept vor. Das Konzept bewertet Varianten für ein Modell Baubewilligungsprozess, sowie für Organisations- und Finanzierungsmodelle und schlägt zwei Modelle vor. Die Vorschläge beziehen sich dabei auf die Konzeption einer elektronischen Baubewilligungs-Plattform und nicht auf mögliche Software-Lösungen. Ziel ist es, kantonsübergreifende Lösungen mit Fördergeldern zu unterstützen. Die Finanzierung der Fördergelder soll durch Bundesstellen und die Kantone erfolgen.

Das Projekt „Baubewilligungen beantragen“ gehört zu den priorisierten Vorhaben von E-Government Schweiz. Ziel des Projektes ist es, die Abwicklung von Baugesuchen und Baubewilligungen zu vereinfachen und wo nötig gemeinsame Schnittstellen für Kantone und Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Der Gesuchsteller soll das Baugesuch sowie die nötigen Unterlagen bei der zuständigen Stelle elektronisch einreichen und nach Ablauf des Verfahrens auch die Bewilligung auf elektronischem Weg erhalten. Der Bewilligungsprozess soll für den Gesuchsteller dadurch nachvollziehbar sein. Ebenso soll der Aufwand gegenüber dem ursprünglichen Bewilligungsverfahren verringert werden.

Die BPUK hat an ihrer Plenarversammlung im März 2010 beschlossen, von der Firma tsarea ein Konzept erarbeiten zu lassen, welches die verschiedenen kantonalen Lösungen untersucht, Schnittstellen erörtert und Möglichkeiten aufzeigt, wie die Kantone voneinander profitieren können. Es wurden Varianten für ein Modell Baubewilligungsprozess, sowie für Organisations- und Finanzierungsmodelle erarbeitet und bewertet. Anhand der Analyse wurde ein Vorschlag für das weitere Vorgehen zusammengetragen. Die Vorschläge beziehen sich dabei auf die Konzeption einer elektronischen Baubewilligungs-Plattform und nicht auf mögliche Software-Lösungen.

Für die Finanzierung der Projekte wird vorgeschlagen, dass sich die Kantone mit insgesamt über 50% (direkter Mitteleinsatz und Anteil an Fördergeldern) beteiligen und dass verschiedene Bundesstellen die weiteren Mittel (< 50%, Fördergelder) bereitstellen. Auf diese Weise kann das Ziel, mit einer begrenzten Anzahl elektronischer Plattformen für Baubewilligungen in der Schweiz einen wichtigen Beitrag zum e-Government Schweiz zu leisten, erreicht werden. Jährlich sollen dazu 1,2 Millionen Franken Fördergelder zur Verfügung gestellt werden. Die Finanzierung soll über einen Zeitraum von fünf Jahren, d.h. von 2012 bis 2016 sichergestellt werden, geregelt in einer Sondervereinbarung der BPUK mit E-Government Schweiz. Die BPUK-Plenarversammlung vom 4. März 2011 hat das Konzept genehmigt.

Ende August 2011 soll die Publikation des Förderprogramms bei den Kantonen erfolgen (mit Anmeldefrist bis 31.10.2011). Die Zusage der Mittel erfolgt darauf im Dezember 2011.